

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

19. Mai 2014
1 von 2

Inklusion in Kassel umsetzen

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne
- 101.17.1205 -

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne vom 29. April 2014**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, sich für die Stadt Kassel, stadtweit in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen zur Inklusion im Bereich Kinder und Jugendliche, als Modellregion Inklusive Bildung bei der hessischen Landesregierung zu bewerben. Der Magistrat möge die hierfür notwendigen Gespräche mit den Schulen und sonstigen Kooperationspartnern führen.

Das **erarbeitete Gesamtkonzept** zur Modellregion Inklusive Bildung wird der Stadtverordnetenversammlung **zur Beschlussfassung vorgelegt**. Ein Zwischenbericht über den Stand der Bewerbung bzw. den Verlauf der Gespräche soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung **vorgelegt werden**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler,
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: Kasseler Linke

Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Kassel umsetzen, 101.17.1205, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag 101.17.1205 wird wie folgt geändert (Streichungen durchgestrichen; Änderungen fett):

Der Magistrat wird gebeten, sich für die Stadt Kassel, stadtweit ~~oder stadtteilbezogen~~, in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen zur Inklusion im Bereich Kinder

und Jugendliche, als Modellregion Inklusion bei der hessischen Landesregierung zu bewerben. Der Magistrat möge die hierfür notwendigen Gespräche mit den Schulen und sonstigen Kooperationspartnern führen. Ein Zwischenbericht über den Stand der Bewerbung bzw. den Verlauf der Gespräche **sowie über die sachliche und personelle Ausstattung, mit der die Stadt im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Projekt fördern will**, soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung erfolgen.

2 von 2

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1),
Stadtverordneter Bayer

Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Inklusion in Kassel umsetzen, 101.17.1205, wird **abgelehnt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin